

Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst: Weitere Studien in Arbeit

Das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst“ bleibt ein zentrales Anliegen der Arbeit des dbb Hessen. Darum hat der Landesverband die Zusammenarbeit mit Prof. Britta Bannenberg vom Kriminologischen Institut der Universität Gießen intensiviert und ausgebaut.

Nachdem der dbb Hessen im Februar dieses Jahres eine große Befragung unter allen Beschäftigtengruppen im Öffentlichen Dienst vorgestellt hatte, hat sich das Forscherteam um die renommierte Expertin nun den Blick auf einige Berufsgruppen gelenkt, die in der Frühjahrsstudie vergleichsweise überraschend in den Fokus gerückt waren: Gerichtsvollzieher und Beschäftigte der Jobcenter und Arbeitsämter. Ferner haben die Vorbereitungen für eine Dissertation begonnen, die sich mit dem Thema Gewalt im Justizvollzug intensiv auseinandersetzen wird.

„Wir freuen uns, dass wir mit Frau Professor Bannenberg eine ausgewiesene Expertin gewinnen konnten, um weiter Licht in dieses unerfreuliche aber leider sehr reale Thema zu bringen“, sagt der Landesvorsitzende Heini Schmitt. Denn nach wie vor sind substanzielle Studien und Untersuchungen, die das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst beleuchten, Mangelware. „Auch deshalb müssen wir von einer hohen Dunkelziffer ausgehen“, sagt Schmitt.

Neben der Polizei, den Rettungskräften und Lehrern hatte die erste Studie von Prof. Bannenberg Gerichtsvollzieher und Mitarbeiter in den Jobcentern und Arbeitsämtern als Berufsgruppen identifiziert, die besonders häufig aber auch zum Teil besonders extreme Erfahrungen mit Gewalt in ihrem beruflichen Alltag machen. „In dieser Richtung wollten wir mehr erfahren, auch um daraus mögliche Forderungen an die Politik in puncto Sicherheit ableiten zu können“, so Schmitt.

„Wir sehen uns umfänglich bestätigt in unserem Bekämpfungskonzept, unserem Lebenslagenmodell, das wir bereits am 21. Februar 2018 in einem Symposium der Öffentlichkeit präsentiert hatten“, sagt Heini Schmitt. Es hat zum Kern, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur gelingen kann unter dem tatkräftigen Zusammenwirken aller relevanten Personen und Institutionen.

„Die wiederkehrenden öffentlichen Appelle zu respektvollem Umgang zeigen leider keinerlei Wirkung“, sagt Schmitt. „Auch die öffentliche Empörung, wenn es mal wieder zu einem besonders heftigen Vorfall gekommen ist, beeindruckt die Menschen in unserer Gesellschaft, die meinen, sie könnten sich alles erlauben, überhaupt nicht.“ „Deshalb hilft hier in der Tat nur das konsequente Funktionieren des Rechtsstaats“, so Schmitt.

Die Ergebnisse der neuen Studie werden voraussichtlich im ersten Quartal 2021 vom dbb Hessen und Prof. Britta Bannenberg öffentlich vorgestellt.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt